



<https://biz.li/2zv9>

GRUPPE CDU/FDP FORDERT BILDUNG DEUTSCH-UKRAINISCHER STÄDTEPARTNERSCHAFT

Veröffentlicht am 27.10.2022 um 12:44 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Bereits am 25. August haben wir die Verwaltung der Region Hannover aufgefordert, Kontakt zur ukrainischen Botschaft aufzunehmen, um eine geeignete Stadt oder Gebietskörperschaft zu finden, die Interesse an einer Partnerschaft mit der Region Hannover hat. Unser Antrag wurde mehrfach von dem Mehrheits-bündnis vertagt. Weder im Fachausschuss noch in der Regionsversammlung wurde von rot/grün eine Entscheidung getroffen", erklärt der Vorsitzende der Gruppe CDU/FDP in der Regionsversammlung und Vorsitzende des CDU-Regionsverbands, Bernward Schlossarek. "Täglich erreichen uns schreckliche Bilder und Nachrichten aus der Ukraine. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine dauert nun schon fast acht Monate. Aus Sicht der Gruppe CDU/FDP ermöglichen kommunale Partnerschaften schnelle Hilfe in schwierigen Situationen und leisten einen wesentlichen Beitrag zum friedlichen Austausch zwischen demokratischen Staaten. Das Zögern des Mehrheitsbündnisses können wir nicht verstehen, schließlich hat man bei Partnerschaften mit Städten in China und Russland auch nicht so verhalten reagiert", positioniert sich Schlossarek klar. "Die Region Hannover steht für ein friedliches Miteinander aller Menschen. Diese Grundhaltung ist ein wesentliches Motiv für all unsere Verbindungen. Als Zeichen unserer Solidarität und Verbundenheit wollen wir als Region Hannover eine echte Partnerschaft mit einer Gebietskörperschaft in der Ukraine eingehen", so Schlossarek. "Den aktuellen Aufruf von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dem ukrainischen Präsident Wolodymyr Selensky, weitere deutsch-ukrainische Partnerschaften zu schließen, sehen wir als eindeutige Bestätigung für unseren Antrag", so Schlossarek zur gemeinsamen Pressemitteilung von Steinmeier und Selensky. "Nach unserer Auffassung gab und gibt es keinen Grund, warum rot/grün zögert. Aus diesem Grund fordern wir die Zustimmung des Mehrheitsbündnisses zu unserem Antrag in der nächsten Regionsversammlung am 15. November. Die Region Hannover sollte eine kommunale Partnerschaft mit einer ukrainischen Stadt oder Gebietskörperschaft eingehen - das ist das Mindeste, was wir tun können", fasst Schlossarek die aktuelle Situation zusammen.

[2022-08-26_1030_v_ant_solidaritaet_mit_der_ukraine-pdf](#)